Der Fußtritt für SPD-Staatsfunktionäre

Militärischer Ausnahmezustand richtet sich gegen KPD und Antifaschistische Aktion!

Die Papenregierung hat mit dem Erlaß einer Reihe weitreichender politischer Verordnungen am gestrigen Tage, mit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin und Brandenburg und der Amtsenthebung der Preußenregierung mit ihren Beschlußhabern im Berliner Polizeipräsidium, einschneidende Maßnahmen ergriffen, um die faschistische Diktatur in noch schnellerem Tempo aufzurichten.

Vor der offiziellen Bekanntgabe dieser Maßnahmen fand eine Unterredung Papens mit Severing und Hirtsiefer statt, die jedoch nur formellen Charakter hatte, da die Einsetzung eines Preußenkommissars sowie die Verhängung des Ausnahmezustandes schon beschlossen war. Auf die Mitteilung Papens hin, erklärte Severing, er sehe die Maßnahmen als ungesetzlich an. Diese Erklärung war gleichfalls nur eine Formalität, die ihm unter der Vorgabe, er weiche nur der Gewalt, einen agitatorischen Abgang sichern sollte. An Stelle von Severing wurde durch Hindenburg der Kanzler Papen zugleich als Reichskommissar für Preußen und der bisherige Essener Oberbürgermeister Bracht als stellvertretender Reichskommissar ernannt.

Durch den Belagerungszustand wurde die vollziehende Gewalt in Berlin und Brandenburg auf den Reichswehrminister Schleicher, bzw. auf den Militärbefehlshaber des Wehrkreises III, General von Rundstedt, übertragen. Eine Hitler-Verordnung wurde erlassen, in der nach dem Muster der Verordnungen Eberts aus den Jahren 1920/21, der Ausnahmezustand ausgesprochen und Gefängnis, Zuchthaus und Todesstrafen angedroht werden.

Gestern 17 Uhr erschienen ein Reichswehrhauptmann und 12 Mann im Berliner Polizeipräsidium und erklärten Grzesinski, Weiß und Oberst Heimannsberg für abgesetzt. An ihre Stelle wurden der bisherige Essener Polizeipräsident Melcher und Oberst Poten gesetzt. Nur formell erklärten Grzesinski und Weiß, daß sie die Amtsenthebungen nicht anerkennen, worauf sie nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit abgeführt wurden. Nachdem sie jedoch dort einen Revers unterschrieben hatten, daß die Aberkennung ihrer Amtsenthebung nur formell gemeint ist, daß sie sich jeder Dienstmaßnahme enthalten werden, wurden sie sofort wieder freigelassen. Außerdem wurden eine Anzahl von Staatssekretären in Preußen abgesetzt und andere an ihrer Stelle kommissarisch ernannt.

Der Hintergrund aller Maßnahmen der Papenregierung wird durch die Begründung der Notverordnung über die Verkündung des Ausnahmezustandes beleuchtet, in der es unter anderem heißt:

„In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlten. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am straffsten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist."

Also gegen die Kommunistische Partei, gegen die in Antifaschistischer Aktion kämpfende Arbeiterschaft richtet sich ausschließlich der Ausnahmezustand. Revolutionäre Arbeiter werden im Falle ihrer Widersetzlichkeit gegen die Regierungsmaßnahmen mit Zuchthaus- und Todesstrafe bedroht, für sie ist die persönliche Freiheit, Briefgeheimnis, Versammlungs- und Pressefreiheit aufgehoben und ihre Zeitung, die „Rote Fahne", ist nicht nur verboten, sondern militärisch besetzt!

Alle Preußenminister ihrer Funktion enthoben

Nachdem sich die übrigen Mitglieder der Preußenregierung mit Severing solidarisiert haben und zu der vom Reichskabinett angesetzten Besprechung nicht erschienen sind, hat Papen auch sie ihrer Posten enthoben und die einzelnen Ministerien kommissarisch neu besetzt.

In den Straßen der Reichshauptstadt sammelten sich trotz Belagerungszustand überall starke Gruppen von Arbeitern an, die mit Leidenschaft über die Lage diskutieren.

10000 Arbeiter und Bauern marschieren auf

Deutsch-tschechisches Grenztreffen gegen den imperialistischen Krieg

Am 17. Juli fand in Johanngeorgenstadt ein Antikriegsgrenztreffen statt, zu dem 10 000 Arbeiter und Bauern aus dem Erzgebirge und der Tschechoslowakei aufmarschierten. In einer großen Kundgebung mit anschließender Demonstration durch die Stadt, bei der eine Reihe schwarzroter Sensenfahnen mitgeführt wurde, legten die Arbeiter und Bauern ein flammendes Gelöbnis ab zum Kampf gegen Hunger, Faschismus sowie zur Verteidigung der Sowjetunion, für die Einreihung der Bauernkomitees in die Antifaschistische Aktion. Bauernkomitees aus dem Erzgebirge, die revolutionäre Jungbauernorganisation, der Thomas-Münzer-Bund aus Vermgrün, der tschechische Kleinbauernbund marschierten vereinigt mit den Industriearbeitern und den Erwerbslosen im Zeichen des Kampfbündnisses der Arbeiter und werktätigen Bauern. Zum Antikriegskongreß im August wählten die Bauern drei Delegierte, und zwar einen Kleinbauer, eine Bäuerin und einen Jungbauer.

Die Arbeiter und Bauern von Eibenstock wurden vor dem Abmarsch zum Grenztreffen von einem Trupp Nazis überfallen, wobei ein Arbeiter durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt wurde und ein zweiter Arbeiter mehrere Kopfverletzungen davontrug.

Bündnis Papen-Hitler unter Beweis

Enthüllungen über die Verantwortlichkeit der Nazis für Hungernotverordnungen und Tributabkommen von Laufanne. Der Reichskanzler als Kronzeuge

Die nationalsozialistischen Volksbetrüger stehen am Pranger. Hitler ist die Maske vom Gesicht gerissen. Das Zentrum macht aufsehenerregende Enthüllungen über Verhandlungen zwischen dem Zentrumsminister Hirtsiefer und dem Reichskanzler, in denen Papen selbst die Tolerierung seines Kabinetts durch Hitler bezeugt hat.

Der dokumentarische Beweis

Das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania", vom 19. Juli, schreibt unter der Ueberschrift „Wir beweisen":

„Zum Mittwoch, dem 8. Juni 1932, lud Reichskanzler von Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Minister Hirtsiefer der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Der hier zum ersten Male in der Oeffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten. Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preußische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts des Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Berlin, 19. Juli. Die Reichsregierung erklärt zu den Veröffentlichungen der „Germania" über die Tolerierung der Papenregierung durch Hitler, daß die Darstellung im wesentlichen richtig sei. Nur habe der Reichskanzler gesagt, die Nationalsozialisten seien auf die Bedingungen „verfessen" gewesen.

Verfessen oder nicht, das Entscheidende ist, daß die Nazis die Papenregierung tolerieren und daß sie die Bedingung gestellt haben, daß die Zentrumspartei ihre Opposition gegen das Kabinett von Papen einstellen soll.

Hitler trifft die volle Verantwortung für die Taten der Papenregierung. Ohne die Tolerierung der Nazipartei wäre die Regierung der Junker und Großindustrie nicht möglich. Ohne die Hitlerpartei gäbe es nicht die Hungernotverordnung der Papenregierung.

Werktätige, vergeßt das nicht! Laßt die Hitlerpartei nicht mehr aus der Schlinge! Macht Schluß mit dieser Partei! Kämpft mit uns in der Antifaschistischen Aktion! Es gibt nur eine Partei, die die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land vertritt, die rücksichtslos gegen die Notverordnungen, gegen Ausbeutung und Knechtschaft kämpft: Die Kommunistische Partei!

Darum gibt jeder Werktätige am 31. Juli seine Stimme den Kommunisten, Liste 3!

Ein Morddokument der Leipziger Nazi

Anweisungen des Sturmführers der SS und SA für Mordüberfälle in Wohnungen von SPD- und KPD-Arbeitern

Unser Leipziger Bruderblatt, die Sächsische Arbeiter-Zeitung, veröffentlicht ein Dokument, das ihr im Original vorliegt und die Planmäßigkeit der Vorbereitungen von Mordüberfällen auf revolutionäre Arbeiter über das ganze Reich unter Beweis stellt. Dieses Schreiben ist vervielfältigt und die Adresse mit Bleistift eingefügt. „Es ist also nicht nur an den hier genannten Adressaten gegangen, sondern im ganzen Bezirk verschickt worden. Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Centrale der NSDAP
Ortsgruppe Leipzig — Leipzig, den 8. Juli 1932.
Sturmführer der SS und SA
H. J. Strobel, Leipzig C 1, Hartelstr. 5/7

An den
Kamerad der Werbegruppenleitung der SS und SA,
Franke, Rittergut Crostewitz.

Teilen Sie uns schnellstens mit, bis OO SOS OO spätestens zum 16. Juli dis. Jhr., wer die Leiter und Führer der SPD und KPD Ihres Ortes sind. Sind dieselben Hausbesitzer oder wohnen sie bei Kameraden, wieviel Personen sind in dem Grundstück? Wie groß ist der Gegner? Welche Art von Hunden und wo befinden sie sich? Sind Waffen in deren Händen? Wie dringt man am besten in die Wohnung ein? Alle Versammlungen der Gegner sind uns zu melden. Falls Sie diese nicht herausbekommen, melden Sie es schnellstens dem S-Dienst und bitten seine sofortige Einsetzung. Mittwoch, den 20. 7., alles A. Bet. 20 U. et. 24 Sm. a. F. L. u. Rtl. Gew. Hal. alles bereit mit einem Heil Hitler

H. J. Strobel (nochmals Unterschrift mit Bleistift).

Wagen S. am Ein.
Wagen A. am Aus.
Wagen ST. im O.
Wagen AJ. z. 60 a. W.
i. d. Umg. 540 i. Al. ber.
Ferns. CNBIR."

Dieses zum Teil chiffrierte Schreiben liefert den schlüssigen Beweis für die Absichten der Mörderbanditen vom Hakenkreuz. Es zeigt aber auch, wohin in der Praxis die Parole der SPD-Führer führt, die Fenster zu schließen und die Straßen leer zu machen, um den Nazis ungehindert Zugang zu den Arbeitervierteln und Straßen zu ermöglichen. Die Funktionäre der Arbeiterschaft würden wie Vieh abgeschlachtet, wenn nicht der proletarische Massenselbstschutz überall ausgebaut wird, der Massenselbstschutz, der den Faschistenbanden auf die Mörderpfoten klopfen wird, das ihnen Hören und Sehen vergeht.

Es besteht kein Zweifel mehr, daß die Nazis systematisch die provokatorischen Ueberfälle und Mordtaten brutalster Art gegen die revolutionären Arbeiter organisieren. Das Dokument ist der Beweis dafür. Namentlich der Satz:

„Wie dringt man am besten in die Wohnungen ein?"
„Alle Versammlungen der Gegner sind uns zu melden."

Plauener Nazimörder entlarvt

Mit viehischer Grausamkeit überfielen vor kurzem 400 Hitlerfaschisten in Plauen 15 Arbeiter, wobei unser Genosse Willy Theß von den Strolchen ermordet wurde. Vor einigen Tagen hat sich der Täter selbst entlarvt, indem er im Geschäft seines Freundes Abrandt eine genaue Skizze der Tat anfertigte. Diese im Verlauf einer Diskussion über den Ueberfall zustande gekommene Skizze und einige nähere Angaben erlangte ein Arbeiter durch seine Wachsamkeit, wodurch es möglich wurde, den Mörder Prager festzunehmen und dem Abrandt gegenüberzustellen. Beide sind unter dem erdrückenden Beweismaterial dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden.

Unterdrückung der KPD-Presse

Arbeiter verteidigt eure Presse!

Der mecklenburg-schwerinische Innenminister hat die kommunistische Tageszeitung für Mecklenburg, die in Rostock erscheinende „Volkswacht" auf zwei Wochen bis einschließlich den 2. August verboten. Damit wird der kommunistischen Presse in Mecklenburg jede Wahlpropaganda unmöglich gemacht und den mecklenburgischen Arbeitern ihr bisziges Kampforgan geraubt. Ungeheuerlich ist die Begründung des Verbotes. Der Tatsachenbericht über den SA-Terrorzug in Altona wurde zum Anlaß genommen, die kommunistische Zeitung zu verbieten.

In Severing-Preußen wurde — wie wir meldeten — die kommunistische Tageszeitung für Halle, der „Klassenkampf", verboten.

Die faschistische Reaktion will die kommunistische Presse unterdrücken! Das ungeheuerliche Verbot von Mecklenburg ist ein Alarmsignal. Es gilt jetzt, die proletarischen Organisationen wie die proletarische Presse zu verteidigen. Mobilisiert überall zur Gegenwehr! Duldet nicht die Unterdrückung der kommunistischen Presse! — Vorwärts in der Antifaschistischen Aktion!

„Volkszeitung" am Pranger

Die „Dresdner Volkszeitung" veröffentlicht gestern einen nur so von lügnerischen Behauptungen strotzenden Bericht über unsere machtvolle Thälmann-Kundgebung, wobei sie sich zu so unbeschreiblichem Schwindel aufschwingt und dem Genossen Thälmann sogar unterschiebt, daß er gemeint habe: „Es kommt so gar nicht darauf an, ob aus Deutschland ein zweites Mussolinien wird."

Tatsächlich erklärte Genosse Thälmann — und auch jeder SPD-Arbeiter hat das gehört und mit Beifall quittiert:

„Trotz Notverordnung und drohendem Parteiverbot werden wir das dritte Reich verhindern!"

Wir werden morgen noch im einzelnen auf den bahnebüchenen „Volkszeitungs"-Schwindel zurückkommen.

SA-Terror von Arbeitern abgewehrt

Am Dienstagvormittag erschien in Taucha bei Leipzig eine Horde von zirka 30 schwerbewaffneten Leipziger SS-Leuten, mit Revolvern, Dolchen, Stahlruten und anderen Mordinstrumenten ausgerüstet. Nachdem sie ihre Räder eingestellt hatten, vervollständigten sie ihre Mordausrüstung, indem sie sich die Taschen mit großen Steinen füllten.

Ueberall wurden die Arbeiter provoziert, Arbeiterfrauen unter gemeinsten Beschimpfungen in die Häuser gejagt, Arbeiter, die die Nazilügenblätter nicht nahmen, mit Revolver und Dolch bedroht. Ein Angriff der Mordjaschisten auf die Verkaufsstelle des Konsumvereins wurde durch die Wachsamkeit der Arbeiter, die sich zahlreich in der Verkaufsstelle eingefunden hatten, verhindert.

Immer frecher wurden die Terrormaßnahmen der Salzsteuersoldaten, die sich Polizeigewalt anmaßten und einfach die Arbeiter von der Straße zu vertreiben suchten. Es hatte sich eine ganze Anzahl Arbeiter auf der Straße versammelt, als der Führer der Mordbande kommandierte: „Bereitschaftsriemen herunter!" Wie die Wilden stürzten sich die SS-Banditen auf die Arbeiter. Als sie sahen, daß sie den kürzeren ziehen würden, gaben sie zahlreiche Schüsse auf die Arbeiter ab. Einer der SS-Revolverschützen wurde verhaftet. Die bürgerliche Presse gibt an, daß fünf von den Mordbanditen verwundet sein sollen.

Wieder ein KPD-Funktionär von Nazis niedergeschossen

In Neukdorf in Schlesien wurde Genosse Geiswinkler von einem Nationalsozialisten durch einen Bauch- und Brustschuß so schwer getroffen, daß sein Leben gefährdet ist.

Genosse Geiswinkler, der sich mit dem Reichsbannerkameraden Dipter gegen Mitternacht auf dem Nachhauseweg befand, wurde in der Nähe der Domänd von zwei Nazis angetempelt. Als die beiden Genossen sich dieses verbaten, stürzte ein Trupp von zehn Nazis aus der Dunkelheit hervor und feuerte auf die beiden Genossen. Nachdem Geiswinkler niedergeschossen war, flüchteten die Banditen. Als Täter wurden festgestellt und verhaftet der Sohn eines Gutsbesitzers Mole aus Dittmannsdorf und der Sohn des Schustermeisters Bolle aus Neukdorf.

Der Mordanschlag auf unseren Genossen hat die Arbeiter zusammengeschweißt. Am Dienstagnachmittag demonstrierten über 1000 Arbeiter, darunter 200 Arbeiter vom Reichsbanner, ihren gemeinsamen Kampfeswillen gegen den Faschismus.